

# **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2001**

---

Sitzungsort:  
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:  
17.15 Uhr - 18.45 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

I. Bürgermeisterin Lina Meyer - Vorsitzende -  
Ratsherr Horst Jahnke  
Ratsherr Dieter Dilling  
Ratsfrau Herta Everwien  
Beigeordnete Helga Grix  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

### **CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Uwe Hellmann  
Ratsfrau Sieglinde Kaune

(bis 18.00 Uhr)

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Hermann Züchner

## **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

### **F.D.P.** (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

### **Beratende Mitglieder**

Herr Theodor Buß  
Herr Norbert Haarmeyer  
Herr Klaas Hayenga  
Herr Wübbo Krüzinga  
Frau Regine Miermeister

### **von der Verwaltung**

Stadtrat Ewald Fürst  
Medizinaldirektor Dr. Eimo Heeren  
Stadtamtsrat Gerhard Discus  
Stadtamtsfrau Elisabeth Szag

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2001**

---

Stadtamtmann Reno Wolff  
Stadtoberinspektor Wolfgang Ubben  
Heinrich-Josef Engels  
Stadtamtsrat Reinhard Kleen als Protokollführer

1 Vertreterin der Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Meyer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Lipperheide von der Emdener Zeitung, und den Zuschauer. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwändungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungs- (55.) und des Sozialausschusses (23.) am 02.05.2001

Beschluss: Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtplanungs- (55.) und des Sozialausschusses (23.) am 02.05.2001 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2001

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.05.2001 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage 13/1639  
Vorstellung eines Tätigkeitsberichtes für den Fachbereich 500 "Gesundheit und Soziales"

Zur Vorstellung des Berichtes erteilt Frau Meyer zunächst Herrn Dr. Heeren das Wort.

Herr Dr. Heeren erklärt, dass es sich bei dem Bericht des Fachbereiches 500 "Gesundheit und Soziales" um keinen Sozialbericht im klassischen Sinne handele. Für eine vollständige Präsentation aller Tätigkeitsfelder des Fachbereiches hätte der Bericht dreimal so umfangreich sein müssen. Doch hierfür gäbe es das Produktbuch. Dieser Bericht enthalte dagegen die von den Fachdienstleiterinnen und -leitern selbstgewählten Schwerpunkte. Sie würden

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2001**

---

deshalb auch zu Wort kommen, um auch noch einmal aufzuzeigen, wer für die einzelnen Bereiche zuständig sei.

Herr Kleen erläutert den Bericht des Fachdienstes 550.0 "Sozialverwaltung". Anhand einer Folie (Anlage 1) geht er auf die Altersgliederung der Emdener Bevölkerung und die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung ein.

Herr Bongartz erkundigt sich, ob es eine Fortschreibung hinsichtlich der Altersstruktur gäbe. Diese sei schließlich wichtig für die zukünftige Planung.

Herr Engels antwortet, dass eine derartige Fortschreibung Grundlage der Sozialplanung sei.

### Anmerkung des Protokollführers:

Eine entsprechende Aufstellung ist als Anlage 2 beigelegt.

Herr Dilling ist verwundert darüber, dass in der aufgelegten Folie erst Personen ab 65 Jahre als Senioren bezeichnet werden. Der Rat der Stadt Emden habe beschlossen, alle Menschen ab 60 Jahre dazu zu zählen.

Herr Kleen hält es durchaus für möglich, die Statistik in dieser Weise zu verändern bzw. zu ergänzen. Er werde diese Anregung weitergeben.

Herr Dr. Beisser hält es hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter für gefährlich, etwa schon Fünfzigjährige zu den Renteneempfängern zu zählen.

Herr Engels erklärt, dass für die Sozialplanung noch andere Altersstufen relevant seien. Für eine fünf- bis zehnjährige Planung würden die jetzt Fünfundfünfzigjährigen in den Blick genommen.

Zum Vergleichsring Soziales zeigt Herr Kleen einige Strukturdaten der beteiligten elf Städte auf. Dabei seien keine signifikanten Abweichungen für die Stadt Emden zu erkennen, erklärt er. Die mit 13,5 % im Jahresdurchschnitt 2000 zweithöchste Arbeitslosenquote sei aber als ein Grund der relativ hohen Sozialhilfedichte von 6,7 % anzusehen. Zu den immer wieder festgestellten hohen Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt weist er darauf hin, dass die Stadt Emden auch über die weitaus höchsten Einnahmen von Unterhaltspflichtigen und anderen Sozialleistungsträgern verfüge. Die Nettoausgaben lägen damit noch unter dem Mittelwert aller Vergleichsstädte.

Herr Discus erläutert den Bericht des Fachdienstes 550.1 "Hilfe zum Lebensunterhalt". Ergänzend zu den Ausführungen und Darstellungen im Bericht zeigt er anhand einer Folie (Anlage 3) auf, wie viele Personen in den Jahren 1995 bis 2000 HLU erhalten haben. Diese Zahl sei von 4.187 auf 3.242 zurückgegangen, erklärt Herr Discus. Sie solle aber auch deutlich machen, dass hinter jedem Fall Menschen und ganz persönliche Schicksale stünden. Der Rückgang der Sozialhilfeszahlen sei unter anderem auf eine verbesserte Erstberatung und die Bemühungen der Stelle "Hilfe zur Arbeit" zurückzuführen. Ziel sei es, die Hilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Im Jahre 2000 hätten 197 Hilfeempfänger einen entsprechenden Arbeitsplatz gefunden, 62 von ihnen unter Zahlung eines Lohnkostenzuschusses. Ein Problem sei der Zuzug von Sozialhilfeempfängern. Ohne die Gründe genau zu kennen, sei festzustellen, dass die Stadt Emden für Hilfeempfänger offensichtlich eine große Anziehungskraft ausübe. Die missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen habe weiterhin vermindert werden können.

Herr Bongartz erkundigt sich, inwiefern der Zuzug ein Problem darstelle, wenn man andererseits dem Sinken der Einwohnerzahl entgegenwirken wolle. Außerdem stellt er fest, dass für die Hilfe zur Arbeit in Emden im Vergleich erheblich mehr Mittel eingesetzt würden. Dies sei von allen politischen Parteien aber auch so gewünscht.

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2001**

---

Herr Discus erklärt, dass die Mittel für die Hilfe zur Arbeit in anderen Städten zum Teil an anderer Stelle verbucht würden. Der an sich gewünschte Zuzug sei insofern ein Problem, als die Hoffnung, in Emden leichter einen Arbeitsplatz finden zu können, offensichtlich nur recht selten in Erfüllung gehe. Die Zuziehenden würden damit auf Dauer den Sozialetat belasten.

Herr Jahnke zeigt sich erfreut, dass die Qualifizierung der Hilfeempfänger verstärkt werden solle. Er erkundigt sich, ob bereits Entwicklungen abzusehen seien.

Im Moment sei die Entwicklung noch nicht abschließend zu beurteilen, erklärt Herr Discus. Sie werde aber weiterhin beobachtet. In vielen Fällen sei aber die Qualifizierung ein Motivationsproblem.

Frau Everwien moniert, dass Frauen zum Teil für mehrere Monate in BSHG-Maßnahmen für zusätzlich 2 DM beschäftigt würden. Diese fühlten sich als städtische Bedienstete, seien aber weiterhin HLU-Empfänger. Der Stellenplan werde dagegen immer weiter heruntergefahren und offensichtlich auf diese Weise saniert. Sie erkundigt sich, wieviele Hilfeempfänger wegen unzureichenden Einkommens ergänzende Hilfe erhalten.

Herr Fürst erklärt, dass die Sachbearbeiterstellen im Fachdienst HLU bewusst nicht vermindert worden seien, um die Erstberatung zu intensivieren. Hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit sieht er eine Dreiteilung der Hilfeempfänger in jene, die voll- bzw. teilweise und die nie eingesetzt werden könnten. Die Frage nach der ergänzenden Hilfe bittet er über das Protokoll zu beantworten.

### Anmerkung des Protokollführers:

Per 30.06.01 wurde in 1.484 Fällen HLU gezahlt, davon in 283 Fällen ergänzend zu einem Erwerbseinkommen und in 273 Fällen neben einer Rente.

Frau Szag erläutert den Bericht des Fachdienstes 550.3 "Besondere Hilfen". Sie weist dabei auf die insgesamt gute Versorgung mit Einrichtungen im Bereich Senioren und Altenhilfe sowie Behindertenhilfe hin. Lediglich im Bereich der teilstationären Tagespflege würde das Angebot nicht ausreichen, erklärt Frau Szag.

Herrn Bongartz ist ein Emdener Architekt bekannt, der gern in diesem Bereich investieren würde. Er bittet, diesen doch einmal gezielt anzusprechen.

Herr Dilling gibt zu bedenken, dass in diesem Bereich wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stünden. Gerade teilstationäre Einrichtungen aber seien wenig lukrativ. Der Seniorenbeirat fordere aber auch immer wieder derartige Einrichtungen, auch zur Nachtpflege, um die Angehörigen zu entlasten.

Herr Dr. Beisser erkundigt sich nach der durchschnittlichen Verweildauer in den Altenpflegeeinrichtungen. Der angegebene Wert von 3 Monaten erscheine ihm äußerst niedrig.

Frau Szag antwortet, dass dieser Wert ihr von den Heimen so mitgeteilt worden sei.

Herr Dr. Beisser möchte weiterhin wissen, weshalb statt der angegebenen 28 nur 24 behinderte Kinder auf einem integrativen Kindergartenplatz betreut würden.

Frau Szag antwortet, dass nicht in jeder der 7 Gruppen 4 behinderte Kinder betreut werden könnten. Je nach Behinderungsgrad seien es in einzelnen Gruppen auch nur 3 Kinder.

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2001**

---

### Anmerkung des Protokollführers:

In der Kindertagesstätte Schwabenstrasse und im Kindergarten Conrebbersweg sind wegen der Schwere der Behinderung je 1 Platz frei. Insgesamt werden 26 behinderte Kinder betreut.

Herr Wolff erläutert den Bericht des Fachdienstes 550.6 "Wohnen". Er weist darauf hin, dass die Pauschalen nach dem Niedersächsischen Aufnahmegesetz für 2002 erneut gesenkt werden sollen. Im Moment seien Beträge von 400,00 DM im Gespräch, erklärt Herr Wolff. Die Aufhebung des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge habe die Erwartungen nicht erfüllt. Ein Arbeitsmarkt sei zwar vorhanden, die Flüchtlinge könnten ihn aber nicht bedienen, da sie nur über befristete Aufenthaltsgenehmigungen verfügten. Dabei seien ca. 100 Flüchtlinge bereits länger als 10 Jahre in Deutschland. Insgesamt sei eine stark steigende Asylbewerberzahl zu verzeichnen. Selbst Anfragen von Rückkehrern in den Kosovo lägen ihm vor, die wegen der dortigen desolaten Lage nach Deutschland zurückkommen möchten. Auch in den Bereichen Wohngeld, Räumungsklagen und Durchreisende seien zum Teil erhebliche Steigerungen zu verzeichnen.

Herrn Jahn ist zu Ohren gekommen, dass vom Möbellager auf ein Angebot trotz entsprechender Zusage nicht reagiert worden sei.

Herr Wolff bittet, ihn in solchen Fällen direkt anzusprechen.

Herr Kruizinga erkundigt sich nach dem Flüchtlingswohnheim Larrelt und ob hier Änderungen hinsichtlich der Unterbringung geplant seien.

Herr Wolff erklärt, dort seien 6 Wohnungen eingerichtet, in denen ausschließlich ledige Männer aus verschiedenen Ländern in Wohngemeinschaften zusammenlebten. Diese versuchten, durch Vertuschen ihrer Identität ihren Aufenthalt in Deutschland zu verlängern. Er sehe deshalb keinen Grund für Änderungen.

Herr Dr. Heeren weist zu den Durchreisenden, die in der "Alten Liebe", einer Einrichtung der evangelisch-reformierten Kirche, übernachten, ergänzend dazu hin, dass es sich zunehmend um jüngere Menschen handelt.

In seinen Erläuterungen zum Bericht des Fachdienstes 553 "Gesundheit" weist Herr Dr. Heeren eingangs darauf hin, dass nach einer Umfrage des Instituts für Freizeitforschung, Hamburg, 70 % aller befragten Jugendlichen ein soziales Engagement für sinn- bzw. nutzlos hielten. Als Arbeitsschwerpunkte nennt er unter anderem die Zahngruppenprophylaxe und die Einschulungsuntersuchungen. Letztere würden zurzeit noch durchgeführt, politischer Wille sei aber offensichtlich, diese abzuschaffen. Bei den Untersuchungen sei ein Zunehmen von Verhaltensauffälligkeiten festzustellen. Kaum bekannt sei sicherlich, dass im Gesundheitsamt auch eine Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung angeboten werde. Den Erfahrungsbericht zum Umgang mit dem neuen Infektionsschutzgesetz bittet er als reine Information zu betrachten. Hiernach seien unter anderem erweiterte Meldungen über Infektionskrankheiten abzugeben, so z. B. auch über Masern. Abschließend weist Herr Dr. Heeren auf den von der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven neu eingerichteten Studiengang "Praxisorientierte Gesundheitswissenschaften" in Emden hin, der mit dem international anerkannten Titel Master of Public Health (MPH) abschließe. Er begrüße diesen neuen Studiengang außerordentlich. Durch personelle Umsetzung im Fachbereich 500 habe unter anderem für die verstärkte Zusammenarbeit mit der Fachhochschule in diesem Bereich eine 25 Stundenstelle zur Verfügung gestellt werden können.

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.06.2001**

---

Herr Züchner spricht das große Engagement von Herrn Dr. Heeren in der Substitution von Drogenabhängigen an. Er fragt, wer diese Aufgabe nach dem Weggang von Herrn Dr. Heeren weiterführen werde.

Darauf könne er ihm im Moment keine Antwort geben, antwortet Herr Dr. Heeren, da er gerade heute eine Absage erhalten habe. Er werde aber weitersuchen.

Frau Meyer bedankt sich im Namen des Ausschusses bei allen Beteiligten für die Ausführungen und die Vorlage des umfangreichen Berichtes.

### Weitere Mitteilungen:

Herr Discus teilt mit, dass die Regelsätze zum 01.07.2001 angepasst worden seien. Die neuen Regelsätze und die Umrechnung in Euro zum 01.01.2002 würden dem Protokoll angehängt (Anlage 4).

### Punkt 7:           Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.45 Uhr.

Frau Meyer fragt, ob der Zuhörer Anfragen zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung hat.

Das ist nicht der Fall.

Frau Meyer wünscht allen abschließend einen guten Nachhauseweg.